

**Grußwort von Herrn Dirk Verleger, Niedersächsisches Ministerium für Inneres
und Sport (Leitung des Referats für zentrale Flüchtlingsaufnahme,
Spätaussiedler, Fachaufsicht Landesaufnahmebehörde Niedersachsen)**

**Thema des Vortrags: „Die niedersächsische Migrations- und
Integrationspolitik. Innenpolitische Momentaufnahme und Ausblick“**

Sehr geehrte Frau Dr. Telbizova-Sack,
sehr geehrte Frau Deery
sehr geehrte Mitglieder der Niedersächsischen Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste, die hier vor Ort oder per Video dabei sind,

es ist mir eine große Freude, heute bei Ihnen in der wunderbaren Evangelischen Akademie Loccum zu sein und – zumindest via Internet - gemeinsam mit allen, an dieser Tagung teilzunehmen. Ganz herzliche Grüße darf ich Ihnen an dieser Stelle auch von Herrn Minister Pistorius sowie Herrn StS Manke ausrichten. Herr Manke wäre persönlich sehr gern der Einladung mit seinem Grußwort gefolgt; indes ist er leider verhindert. Ich vertrete ihn gern auch wenn ich gewiss kein gleichwertiger Ersatzmann sein kann.

Meine Damen und Herren,
mein besonderer Dank gilt allen Beteiligten, die diese Tagung in der aktuellen Situation auf die Beine gestellt haben. Ich bin davon überzeugt: Es ist ganz entscheidend, das Thema Migrationspolitik gerade während dieser Pandemie nicht aus dem Blick zu verlieren. Deshalb ist es ein starkes Signal, dass diese Veranstaltung heute im angepassten Hybrid-Format stattfinden kann. So haben wir trotz der erschwerten Bedingungen die Möglichkeit, uns über die drängendsten Herausforderungen und Entwicklungen der Migrationspolitik auszutauschen. Ich freue mich sehr, dass ich dazu die innenpolitische Perspektive beisteuern darf.

Wie stellt sich die Lage in Niedersachsen also aktuell dar?

Auch eine Momentaufnahme der aktuellen Migrationspolitik ist natürlich massiv von der aktuellen Pandemie geprägt.

Das zeigt allein schon ein Blick auf die Zahlen der Menschen, die nach Europa, Deutschland und Niedersachsen kommen, um hier Asyl zu beantragen. Momentan nehmen deutlich weniger Menschen diesen Weg auf sich als noch in den Vorjahren. Nun ist es natürlich nicht so, dass es plötzlich keine Fluchtursachen mehr gibt. Aber: die Restriktionen im Zuge der aktuellen Pandemie schränken die Mobilität eben spürbar ein. Dennoch gilt: Auch, wenn wir einen etwas breiteren Zeitraum betrachten, sehen wir eine durchaus bemerkenswerte Entwicklung. Blicken wir einmal gemeinsam zurück: Noch 2015 - 5 Jahre vor Corona. Die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber hat in Deutschland mit rund einer Million gerade ein historisches Hoch erreicht. Das war für viele von uns eine gewaltige Herausforderung und in diesem Zuge wurden zahlreiche Anpassungsbedarfe in unseren Systemen erkennbar. Schon ab dem Folgejahr ist diese Zahl aber deutlich gesunken und seitdem sehr konstant. In Niedersachsen haben im vergangenen Jahr etwa 14.000 Menschen einen Asylantrag gestellt. In diesem Jahr sind es bislang knapp 7.000 Asylantragstellerinnen und Asylantragssteller.

Warum sage ich das? Ich halte es für wichtig, diese Zahlen zu nennen, um immer wieder zu verdeutlichen, von welcher Größenordnung wir eigentlich reden. Und das sind in diesem Jahr in Niedersachsen eben bislang 7.000 und im Vorjahr etwas mehr als 14.000 Menschen. Zum Vergleich: In ganz Niedersachsen leben knapp acht Millionen Bürgerinnen und Bürger. Ich denke, allein das macht deutlich, wie absurd es ist, wenn einige suggerieren wollen, das könnte unsere Gesellschaft überfordern. Es ist wichtig, dieses Narrativ nicht einfach unkommentiert zu übernehmen, sondern klare Fakten entgegenzuhalten. In dieser Runde muss ich davon – zum Glück – nun wirklich niemanden überzeugen. Mit Blick auf die gesamte öffentliche Debatte helfen konkrete Zahlen manchmal jedoch, bestimmte Dinge ins Verhältnis zu setzen.

Aber: auch wenn Zahlen und Fakten für eine Einordnung wichtig sind – der Fokus auf Statistiken darf nicht überhandnehmen. Mir persönlich wird zum Teil noch immer häufig viel zu abstrakt von diesem Thema gesprochen, und das ist ein Problem.

Jedem und Jeder muss klar sein: Wenn wir über Geflüchtete sprechen, sprechen wir über Menschen. Wir sprechen über oft dramatische Geschichten und über teils tragische Einzelschicksale.

Viele von Ihnen werden es wissen: Herr Minister Pistorius hat im vergangenen Jahr gemeinsam mit einer niedersächsischen Delegation das griechische Flüchtlingslager in Moria besucht, um sich vor Ort ein Bild von der Situation zu machen. Der Minister hat in der Folge vielfach betont, wie schwierig es war, nach diesen Eindrücken - gerade nach dem Besuch von Flüchtlingslagern auf Lesbos - zur Tagesordnung überzugehen. Ich selbst durfte ihn vor einem Jahr begleiten und die Eindrücke von dieser Reise waren tief bewegend. Seitdem setzt sich Herr Pistorius vor allem für die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Kinder ein. Die Bundesregierung hat dann im März 2020 endlich beschlossen, sich im Rahmen einer europäischen Initiative bei der Aufnahme von Flüchtlingskindern von den griechischen Inseln zu engagieren. Das alles hat lange gedauert und damit ist natürlich noch immer nicht allen geholfen. Aber: jedes einzelne Kind, das wir aus diesen erbärmlichen und für Europa unwürdigen Verhältnissen herausholen können, zählt.

Die Entscheidung weitere **1553 Menschen** in Deutschland nach dem schrecklichen Brand im griechischen Flüchtlingslager Moria Anfang September aufzunehmen, begrüße ich ebenfalls sehr - auch wenn wir in Deutschland eine höhere Aufnahmebereitschaft haben.

Niedersachsen engagiert sich bislang bei all diesen Aufnahmen mit Nachdruck, weil wir von der Bedeutung der möglichst umfassenden Unterstützung für die Hilfesuchenden überzeugt sind. Und: Wir sind auch entsprechend gut aufgestellt. Nicht zuletzt, haben wir aus den Erfahrungen von 2015/2016 unsere Schlüsse gezogen. Das Aufnahmekonzept in den fünf Standorten der Niedersächsischen Landesaufnahmebehörde wurde in den vergangenen Jahren weiter angepasst und verbessert. Auch hier sind im Moment natürlich Corona-bedingte Besonderheiten zu berücksichtigen.

Die erforderlichen Infektionsschutzmaßnahmen haben in vielen Fällen beispielsweise die Verweildauer in der LAB NI verlängert. Bei der erforderlichen Verteilung und Zuweisung nach dem Aufnahmegesetz an die aufnahmepflichtigen Kommunen wird das jeweilige Infektionsgeschehen entsprechend beachtet.

Bemerkenswert und wirklich begrüßenswert finde ich: In Niedersachsen haben sich zahlreiche Kommunen zur sofortigen Aufnahme bereit erklärt und auf diese Weise ihre Solidarität mit geflüchteten Menschen zum Ausdruck gebracht.

Bei der öffentlichen Debatte um Flucht und Migration kommt jedoch nach meinem Empfinden zum Teil zu kurz, was passiert, wenn diese Menschen bei uns angekommen sind. Da beschäftigen wir uns mit Fragen, die weit über Aufnahmekapazitäten und Aufnahmebereitschaft hinausgehen.

Primär geht es um **zwei zentrale Punkte:**

1. Wir müssen denjenigen, die zu uns kommen, schnell Klarheit verschaffen, ob sie bleiben dürfen.

Und 2.:

Denen, die hierbleiben, müssen wir den Weg in unsere Gesellschaft aktiv erleichtern. Die ersten Schritte dazu werden bereits direkt nach der Ankunft gemacht. Niedersachsen beginnt mit ersten integrationsvorbereitenden Maßnahmen, wie zum Beispiel den sogenannten Wegweiskursen bereits in der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen. An den späteren Wohnorten in den niedersächsischen Kommunen folgen dann Integrations- und Sprachkurse.

Entscheidend ist auch der direkte Kontakt und Austausch zwischen den Menschen. Dazu gehören sowohl Angebote ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer und zivilgesellschaftlicher Organisationen, als auch die Möglichkeit zur Teilnahme am Vereinsleben oder an anderen Freizeitaktivitäten. Auch der kontinuierliche Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen nach der Verteilung in die Kommunen ist ein unverzichtbarer Grundstein. Das sind nur einige Schritte zu einer erfolgreichen Integration. Gefördert werden sie seitens der Landesregierung insbesondere vom Niedersächsischen Sozialministerium und vom Niedersächsischen Kultusministerium.

Zusätzlich engagieren sich verschiedene Hilfsorganisationen und gesellschaftliche Akteure, um mehr Teilhabe, Begleitung und Unterstützung zu erreichen. Ich denke da zum Beispiel an den niedersächsischen Flüchtlingsrat. Auch das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ist ein tolles Symbol dieses Einsatzes weiter Teile der Gesellschaft. Um es ganz klar zu sagen: Dieses Engagement ist unverzichtbar. Weil die Menschen, die neu zu uns kommen, so ganz konkrete Unterstützung erhalten. Gleichzeitig ist es auch ein starkes Signal: Es zeigt unmissverständlich: Die Mehrheit der Niedersachsen will und lebt eine Willkommenskultur.

Leider wissen wir auch: Wir können in der aktuellen Situation nicht über Migration und Integration sprechen, ohne auch die andere Seite zu thematisieren: Wie sehen leider schon seit einigen Jahren: Rechtsextremisten und –populisten haben in vielen Teilen der Welt und auch in Deutschland verstärkt Zulauf. Wir erleben vermehrt, wie sie versuchen, unsere Gesellschaft mit Ihren Worten und Taten zu vergiften. Klar ist: Wer ständig von einer vermeintlichen „Überfremdung“ spricht und Angst vor einem vermeintlichen Import von Kriminalität und Gewalt schürt, der macht sich mitschuldig, wenn aus Worten Taten werden. Nehmen wir allein dieses Jahr: Ich bin mir sicher, wir alle haben noch die schrecklichen Folgen der Anschläge aus Halle und Hanau in Erinnerung. Hinzu kommt weiterer Hass und Hetze; Auf digitalen Plattformen aber eben auch in der analogen Welt.

Oft richtet sich dieser verblendete Hass auch gegen Vertreterinnen und Vertreter der Flüchtlings- und Migrantenorganisationen oder Menschen, die anders denken oder schlicht anders aussehen, als die Täter es sich in ihrem wirren Weltbild vorstellen. Und das ist eben kein „neues Phänomen“.

Denken wir nur an die menschenverachtende NSU-Mordserie. Auch sie richtete sich genau gegen das, wofür wir stehen – eine vielfältige, solidarische Gesellschaft. Ich bin davon überzeugt: **Niemals** darf so etwas einfach hingenommen werden.

Und nein: Diese Anschläge galten **nicht** uns allen. Die Täter hatten es gezielt auf diejenigen abgesehen, die sie als „fremd“ oder vermeintlich „anders“ empfunden haben. Menschen, die nicht ihrem verblendeten Weltbild entsprechen.

Aber: Es ist Aufgabe von uns allen dafür zu sorgen, dass das Gift des Rassismus endlich aus allen Adern der Gesellschaft verschwindet – und dafür müssen wir uns als Gesellschaft insgesamt weiter stark machen.

Ganz richtig hat Bundespräsident Frank Walter Steinmeier im Juni gesagt:
„Nein, es reicht nicht aus, kein Rassist‘ zu sein. Wir müssen Antirassisten sein!“

Genauso ist es. Klar ist dabei auch: Beim Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist es ganz entscheidend, den Betroffenen zuzuhören. Denn es geht um die Wahrnehmungen derer, die Diskriminierung, Hass und Hetze ertragen müssen. Um es etwas überspitzt zu sagen, wenn ich als weißer Mann - sagen wir „mittleren Alters“ - ein Bild von Rassismus und Diskriminierung habe und dagegen aufstehe, ist das wichtig. Ich selbst werde aber kaum Diskriminierung oder Rassismus am eigenen Leib erleben. Noch wichtiger ist es deshalb, mit denen zu sprechen, die wirklich diesen Repressalien ausgesetzt sind. Nur so können wir erkennen, worum es wirklich geht, wo Linien überschritten werden und Kränkungen begonnen. Nur so können wir wirklich effektiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgehen und unsere freiheitlich pluralistische Gesellschaft bewahren.

Das ist aus ganz unterschiedlichen Gründen wichtig. Nicht zuletzt, weil wir alle wissen: **Deutschland ist ein Einwanderungsland!**

So sehr sich einige Menschen jahrzehntelang gegen diese Erkenntnis auch zur Wehr gesetzt haben, ist sie doch in jüngsten Jahren zum Glück immer mehr ins Bewusstsein gerückt – zumindest in das vieler Menschen. „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ –

Was bedeutet dieser Satz eigentlich genau? Zunächst bedeutet er, dass es durch die Einwanderung von Menschen aus anderen Ländern eine große kulturelle Vielfalt in unserem Land gibt.

Auch in Niedersachsen hat mittlerweile rund jede 5. Person einen Migrationshintergrund.

Allein das macht doch deutlich, wie dringend wir auch heute noch gute Integrationsarbeit brauchen. Und ja: Integration kostet. Integration kostet Zeit. Sie kostet Geld, sie kostet Mühe und – Integration kostet oft auch eine Menge Kraft. Klar ist aber auch: Misslungene Integration kostet ein Vielfaches mehr. Deshalb müssen frühzeitig entsprechende Mittel für Integration bereitgestellt werden: Ich bin davon überzeugt, dass der Bund die Länder hier stärker unterstützen muss. Der Bund hat die Mittel für Integration im vergangenen Jahr leider deutlich gekürzt. Das muss dringend korrigiert werden. Die Kommunen sind unter Druck und die Länder können das nicht allein bewältigen. Wir brauchen darum eine verlässliche Unterstützung des Bundes. Integration ist schließlich der Schlüssel erfolgreicher Migrationspolitik.

Gerade diese Bemühungen im Bereich der Integration während der aktuellen Pandemie auf eine harte Probe gestellt. Wenn soziale Aktivitäten nur eingeschränkt möglich sind, wenn es eine Rezession gibt und es noch schwerer ist, als ohnehin schon, einen Arbeitsplatz zu finden, dann trifft das eben gerade diejenigen, die am wenigsten haben, am härtesten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz noch einmal ansprechen, das im März als Teil des sogenannten Gesetzespaket Migration in Kraft trat. Bei aller Kritik und bei allem bestehenden Verbesserungsbedarf – sowohl am Migrationspaket als auch am Fachkräfteeinwanderungsgesetz - können wir festhalten: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes haben wir jetzt ein echtes Einwanderungsgesetz – und das ist eine gute Nachricht. Dieses Gesetz soll qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus nicht EU-Staaten den Weg nach Deutschland erleichtern. Um die Auswirkungen des Gesetzes deutschlandweit oder in Niedersachsen zu prüfen, ist es aber noch zu früh. Aktuell sorgt auch hier die Corona-Pandemie für kaum verlässliche Aussagen, weil der Reiseverkehr weltweit noch sehr eingeschränkt ist. Sobald erste Erfahrungen vorliegen, werden wir prüfen, wo es gut läuft und wo es „hakt“ – und wenn nötig, müssen die gesetzlichen Regelungen und die Verfahren eben nachgebessert werden.

Dieses Gesetz ist ganz sicher nicht perfekt. Mir ist bewusst: Einige sind enttäuscht, weil ihnen das Gesetz nicht weit genug geht. Auch was Transparenz, Verständlichkeit und die Regelungssystematik angeht, besteht sicherlich noch etwas „Luft nach oben“. Wie bei anderen Punkten des sogenannten „Gesetzespakets Migration“ hätte man an der ein oder anderen Stelle noch mehr erreichen können, wenn das Tempo des Gesetzgebungsverfahrens seiner Tragweite angepasst worden wäre. Dieses Gesetz ist aber insgesamt ein gutes und für unser Land richtungsweisendes Gesetz.

Es liegt schließlich in unserem ureigenen Interesse, attraktiver zu werden für qualifizierte und talentierte Fachkräfte. Das ist entscheidend, um die Folgen des demografischen Wandels möglichst gut abzdämpfen. Bereits im Jahr 2030 werden in Deutschland nach aktuellen Schätzungen rund 3,9 Millionen Menschen weniger im erwerbsfähigen Alter sein. Darauf müssen wir reagieren und dieses Gesetz kann dabei helfen.

Auch das „Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“, das ebenfalls im vergangenen Jahr verabschiedet wurde, war grundsätzlich ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es regelt die Ausbildungsduldung („3+2-Modell“) neu und führt eine Beschäftigungsduldung für die Geduldeten ein, die seit Längerem einer Beschäftigung nachgehen. Auch wenn dieses Gesetz weiter Verbesserungsbedarf aufweist, wurden hier ebenfalls viele wichtige Weichen gestellt.

Wenn ich hier über die Perspektiven der Innenpolitik spreche, gehört natürlich auch zur Wahrheit: Nicht alle Menschen, die zu uns kommen, dürfen bleiben. So schmerzlich diese Entscheidung für die Betroffene oder den Betroffenen ist: Wer keine Bleibeperspektive hat, muss wieder ausreisen. Das ist die klare Forderung, die der Rechtsstaat an uns stellt. Diese Aufgabe - die Rückführung - müssen wir also - so human wie möglich wahrnehmen, aber eben auch mit der gebotenen Konsequenz. Das ist nicht zuletzt eine Frage der Glaubwürdigkeit. Nur so können wir langfristig die Akzeptanz für eine menschliche Flüchtlingspolitik erhalten. Niedersachsen setzt dabei auf humanitäre Grundsätze.

Deshalb hat für uns die Förderung der freiwilligen Rückkehr Priorität. Erst wenn die Betroffenen diese Möglichkeit nicht nutzen, wird die gesetzlich vorgeschriebene Rückführung vollzogen.

Um den Betroffenen dann einen langen Leidensdruck zu ersparen, ist es notwendig, dass wir hier schnell Transparenz und Klarheit schaffen. Dazu gehört unter anderem, dass die Rückführungen möglichst zeitnah durchgeführt werden. Nicht immer liegt das aber in niedersächsischer Hand. Besonders kompliziert wird es, wenn wichtige Papiere fehlen oder die Herkunftsländer diese Personen nicht aufnehmen wollen, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Ein Umstand, der sich etwa durch fehlende Flugverbindungen in der Pandemie verschärft hat.

Auch in diesem Bereich müssen wir immer wieder schauen, wie wir noch besser werden können. Für mich ist klar: Auch Rückführungen gilt es ganzheitlich zu betrachten. Wie schon in den vergangenen Jahren beteiligt sich Niedersachsen weiter an verschiedenen Maßnahmen, die Ausreisepflichtige bei ihrem Entschluss unterstützen sollen, selbstbestimmt in ihr Herkunftsland zurück zu kehren oder in ein aufnahmebereites Drittland weiterzuwandern. Einem wesentlichen Teil derjenigen, die keine oder wenig Aussicht auf eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland haben, fällt es zum Beispiel schwer, freiwillig in eine Heimat zurückzukehren, in der es kaum Perspektiven oder Jobs gibt. Vor diesem Hintergrund schaffen wir Angebote, um diesen Menschen durch zusätzliche Qualifikationen weitere Zukunftsperspektiven in ihren Heimatländern zu bieten.

Nicht unerwähnt lassen will ich an dieser Stelle natürlich auch: Bei der Frage, wer in Deutschland bzw. Niedersachsen bleiben darf, leistet auch die Niedersächsische Härtefallkommission einen großen Beitrag. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Migrationspolitik. Dieses unabhängige Gremium leistet seit nunmehr 14 Jahren einen entscheidenden humanitären Beitrag für all die Fälle, in denen die Anwendung ausländerrechtlicher Vorschriften zu Ergebnissen führt, die der Gesetzgeber erkennbar nicht gewollt hat. Die Härtefallkommission ist dadurch eine in der Praxis unverzichtbare Instanz.

Jetzt habe ich viel über konkrete Herausforderungen in der Gegenwart gesprochen. Aber mindestens genauso wichtig ist natürlich: Wie geht es weiter? Welche Schritte sind jetzt nötig und möglich? Auch auf diese Fragen möchte ich nun zum Ende noch einmal kurz eingehen.

Das Wichtigste liegt eigentlich auf der Hand: Um wirklich nachhaltig Verbesserungen zu erzielen, braucht es die viel zitierte „europäische Lösung“.

Das darf aber ausdrücklich keine Einladung sein, sich zurückzulehnen und immer nur auf Europa zu verweisen. Ganz im Gegenteil: Wenn alle nur immer auf die anderen warten, tut am Ende niemand etwas. Niedersachsen zeigt da in vielen Bereichen wirklich Initiative. Aber trotzdem sind wir stärker und besser, wenn wir als Europäische Union gemeinsam handeln. Wir brauchen endlich eine gemeinsame europäische Lösung für den Umgang mit und für die Verteilung von Flüchtlingen. Ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem muss das Ziel bleiben. Und wir dürfen die Mittelmeer-Anrainerstaaten nicht alleine lassen. Dafür muss sich Deutschland auf europäischer Ebene weiter stark machen.

Zusätzlich müssen wir weiter Fluchtursachen bekämpfen, damit Menschen nicht mehr den oft gefährlichen Weg nach Europa antreten müssen. Allerdings ist auch das kein Allheilmittel. Solche Maßnahmen brauchen vor allem Zeit und Ausdauer.

Faktisch werden Menschen also auch weiterhin den Weg nach Europa und nach Deutschland suchen. Deshalb bin ich froh über die Entscheidung der EU-Kommission, die Bedeutung des Resettlement zu steigern. Durch die Ausweitung solcher humanitären Aufnahmeprogramme werden sichere Einreisewege ermöglicht, um Schutz in Europa zu finden. Kriminellen Schleppern wird auch hierdurch ein Stück weit das Handwerk gelegt.

An dieser Stelle möchte ich auch das vor wenigen Wochen vorgestellte „Migrations- und Asylpaket“ der Europäischen Kommission nicht unerwähnt lassen. Auch wenn es bislang nur ein Kompromiss ist und wir damit noch lange nicht zufrieden sein können; Der Vorschlag ist zumindest ein Startschuss, auf den wir lange gewartet haben. Jetzt dürfen wir aber nach dem Start nicht direkt wieder stehen bleiben.

Wir müssen gemeinsam ins Laufen kommen und die anderen 26 Mitgliedsstaaten davon überzeugen, bis zur Ziellinie durchzuhalten. Um in diesem Bild zu bleiben: Der Weg zu einer echten europäischen Lösung bleibt ein kräftezehrender Marathon und kein Sprint!

Die Ziellinie ist deshalb noch ein ganzes Stück entfernt. Schließlich sind viele Punkte weiter unklar. Fehlende Details bestärken die bereits jetzt vorhandene Kritik verschiedener Seiten – die ich in einigen Punkten ausdrücklich teile. Ich habe aber zumindest die Hoffnung, dass dieser Vorstoß dazu führt, akute Gesprächsblockaden zu lösen. Für eine größere Beteiligung aller EU-Staaten kann unter anderem der angekündigte Solidaritäts-Mechanismus sorgen. Dadurch sollen sich künftig alle EU-Mitgliedsstaaten in Zeiten erhöhter Zuwanderung an den zu bewältigenden Aufgaben beteiligen müssen. Entweder finanziell oder institutionell. Das geht in die richtige Richtung. Richtig ist aber auch: Noch fehlen an entscheidenden Stellen erkennbare Änderungen.

Nehmen wir nur das Dublin-System. Dieses scheint weitestgehend fortzubestehen und eine notwendige Reform bleibt hier aus. Auch zahlreiche Details zur Umsetzung sind unklar – zum Beispiel, welche repressiven Maßnahmen greifen, wenn Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Gerade das ist aber unverzichtbar, um alle Beteiligten von Zeit zu Zeit an Ihre Verantwortung erinnern.

Auch wenn einige Punkte also noch sehr kritisch zu bewerten sind, eröffnen die vorgestellten Vorschläge zum Migrations- und Asylpaket die Möglichkeit, das Thema wieder auf die europäische Agenda zu nehmen und eine europäische Lösung verstärkt ins Bewusstsein zu rücken. Und genau das brauchen wir: Migration ist schließlich das Thema einer ganzen Epoche. Flucht, Vertreibung und Migration gibt es seit Jahrhunderten und sie werden uns sicherlich auch noch über Generationen beschäftigen und fordern.

Gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Herausforderungen und großen Bedeutung der Migrationspolitik bleibt es umso wichtiger, sich immer wieder auf allen Ebenen auszutauschen.

Wir müssen weiterhin den Diskurs suchen und führen. Wir müssen uns immer wieder neuen Herausforderungen stellen und an einem guten und zugewandten Miteinander arbeiten. Dazu gehört es auch, dieses vielfältige Thema fortlaufend aus verschiedenen Blickwinkeln genau zu beleuchten.

Ein Blick auf die Tagesordnung genügt, um zu sehen: In den kommenden zwei Tagen steht genau das im Mittelpunkt: Eine umfassende Auseinandersetzung mit den zahlreichen Facetten der Migrationspolitik. Vom wichtigen Bereich des Familiennachzuges, über die wesentlichen Regelungen des sogenannten Migrationspakets, bis zur Lage an den europäischen Außengrenzen und aktuelle migrationspolitische Entwicklung gibt es reichlich Gesprächsbedarf.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen spannende Diskussionen, aufschlussreiche Vorträge und eine gelungene Veranstaltung!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.